

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag von Schwäbisch Hall

Haushaltsrede 2017

**Georg Schlenvoigt
Fraktionsvorsitzender**

22. November 2016

Es gilt das gesprochene Wort!



**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und -Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

jede Haushaltsrede muss sich zwangsläufig mit den Grundzügen der Kreispolitik befassen, da Haushaltsplanung sowohl Finanzplanung als auch Politikplanung ist. Meine erste Frage lautet deshalb in Anknüpfung an die vergangenen Haushaltsreden der SPD: "wofür steht unser Landkreis Schwäbisch Hall eigentlich und wo geht die politische Reise hin"? Gibt es Merkmale unseres Landkreises über seine landschaftliche Schönheit und Vielfalt, über die Betriebsamkeit seiner Bevölkerung, über die Vielzahl seiner Weltmarktführer und über die Willkommenskultur seiner Bürgerinnen und Bürger sowie deren Bereitschaft zum Ehrenamt hinaus, Merkmale, die unseren Landkreis Schwäbisch Hall in besonderer Weise positiv herausheben und die wir hier im Kreistag positiv prägen oder unterstützen können?

Es trifft sich deshalb wirklich gut, Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir kürzlich in einer Klausursitzung gemeinsame Perspektiven für die Entwicklung unseres Kreises sammeln konnten. Wir sind jetzt gespannt darauf, wie über die Dokumentation der Ergebnisse hinaus an die Umsetzung gegangen wird. Es ist nämlich wirklich ein guter Schritt in die richtige Richtung über gemeinsame Ziele und den Weg zu deren Realisierung zu sprechen. Aber dabei darf es natürlich nicht bleiben. Worauf es jetzt ankommt, sind die guten Ideen in gute Taten zu überführen, die wirklich unserem Kreis und seiner Bevölkerung zugutekommen. Nochmal zum Ausgangspunkt: Natürlich ist good governance schon eine Qualität für sich und die ist bei unserer Kreisverwaltung wirklich gut aufgehoben. Aber reicht es tatsächlich aus, das Hier und Jetzt fachgerecht zu verwalten? Nein, Herr Landrat, wir müssen zum Wohle unseres Kreises und seiner Bevölkerung vorausdenken und vieles, was uns erwartet auch antizipieren. Auf die Zukunft vorbereitet sein, die richtigen Maßnahmen vorzuhalten und umzusetzen, das ist jetzt unsere Herausforderung. Der Kreistag sieht der Dokumentation und der Aufarbeitung der vielen in der Klausursitzung gemeinsam erarbeiteten Themen in den zuständigen Ausschüssen entgegen und anschließend wollen wir uns auch möglichst bald unserer Zukunft im Kreistag öffentlich zuwenden.

Damit müsste es uns gelingen, die Wahrnehmung und vielleicht auch die Akzeptanz unsrer Kreispolitik zu steigern und die Fragen im besten Sinne von Ernst Bloch zu stellen: Wer sind wir? Wo kommen wir her? Wohin gehen wir? Was erwarten wir? Oder kurz gefasst entsprechend meinem einleitenden Satz: Wo stehen wir; wo wollen wir hin und wie wollen wir das machen?

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Klausursitzungen hat das Thema "Soziales" aus welchen Gründen auch immer, diesmal keinen Raum in unseren Erörterungen der Klausur gefunden. Wichtige Themen konnten deshalb nicht angesprochen werden, wie Integration und sprachliche Förderung, Anschlussunterbringung von Flüchtlingen, Prävention von Armut in einer wohlhabenden Welt, Perspektiven für Schulabgänger, Qualifizierung fremder Fachkräfte in unserem Raum. Nebenbei bemerkt, wir müssen die Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit bei uns im Landkreis nachhaltig fördern und bewerben, da die Zahl der offenen Stellen und der sich anbietenden potenziellen Bewerber im Kreis immer weiter auseinanderdriften. Wohl dem Landkreis der

Zuwanderung hat und die richtigen Konzepte, die Zuwanderer wirkungsvoll in die Arbeitswelt zu integrieren. Darüber sollten wir uns in den Ausschüssen dringend unterhalten.

Fraglich ist für uns nach wie vor, ob die Wirtschaftsförderung Hohenlohe-Franken WHF im Kreis Schwäbisch Hall überhaupt wirksam ist. Wir, die SPD Fraktion im Landkreis zweifeln erheblich an ihrer Daseinsberechtigung und an der Notwendigkeit der Beteiligung unseres Landkreises an der WHF. Der Bericht zur Strategie der WHF für unseren Landkreis ist übrigens längst überfällig. Sehr geehrter Herr Landrat, machen Sie doch da mal einen Knopf dran!

Jetzt möchte aber wirklich das Thema Soziales an den Beginn meiner Haushaltsrede stellen.

Ich komme zu meiner ersten Feststellung für den Etat 2017: Die Aufwendungen im Landkreis für die soziale Sicherung steigen weiter im kommenden Jahr um sage und schreibe 10% auf 87 Mio. €. Jetzt sagen Sie vielleicht: "siehst Du, der Staat tut doch etwas für seine schwachen Glieder"! Aber war´s das schon? Es ist ja nicht allein diese gigantische Summe für Sozialaufwendungen im Haushaltsplan. Es geht doch vielmehr um Menschen und Schicksale, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und deren stetig wachsende Zahl. Vergleichen Sie doch bitte die stetige Zunahme an sog. "Fallzahlen" beispielsweise bei den sozialen Hilfen. Wir sehen hier das Phänomen, dass bei stabilem Wirtschaftswachstum in unserer vom Wohlstand geprägten Gesellschaft immer mehr Menschen an dem sozialschwachen Rand gedrängt werden; ihre Armut wird akut. Im Rahmen der Haushaltsrede gilt es dieses Phänomen nicht zu analysieren aber die Frage sei dennoch erlaubt, ob wir nicht genügend für die Prävention gegen Armut tun? Nachfolgend darf ich noch ein kleines Beispiel für Armutsprävention geben nämlich mit dem Thema des Verbraucherschutzes. Die Anreize, sich privat zu verschulden sind leider heutzutage vielfältig, die private Überschuldung bis zur Zahlungsunfähigkeit kein Einzelfall. Auf dieses Thema der privaten Verschuldung sollte bereits in den Schulen informativ hingewiesen werden- der Landkreis als Schulträger könnte hier beispielgebend sein.

Ich bin mir sicher, der Sozialausschuss wird bereit sein, die aufgeworfenen Fragen zum Thema Armut und Prävention aufzugreifen.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass wir uns mit dem Thema Armut kaum profilieren können. Aber Profilierung ist hier auch gar nicht gefragt sondern vielmehr dass sich in diesem Sektor der Kern für die sozialen Verteilungskämpfe ausbildet. Sozialer Neid richtet sich nicht in erster Linie gegen die Wohlhabenden sondern vielmehr gegen andere sozial Schwache, die den Armen vielleicht noch etwas wegnehmen könnten und damit natürlich in erster Linie gegen unsere Asylbewerber. Hier liegt eine der Ursachen für die Verrohung der politischen Vokabularien und die zunehmenden Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppierungen, die uns Demokraten ein Dorn im Auge sind.

Was wir zuvor bei der Zahl der Armen im Landkreis gesagt haben, können wir bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen wiederholen- wir sehen hier keine Verbesserung. Und außerdem gibt es zu denken, dass wir gerade in unserer wirtschaftlich erfolgreichen Region mit ihren vielen Weltmarktführern doch so viele Leiharbeits- und prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Welche Impulse könnten hier vom Landkreis ausgehen, um

die Verhältnisse zu verbessern? Greift hier vielleicht auch der Vorschlag aus der Klausursitzung, sich Schulabbrechern schwerpunktmäßig zu widmen und deren Fähigkeiten nachhaltig zu fördern?

Die sozialen Sicherung ist ja doch auch ein Kernthema der Kreisverwaltung und seit je her ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion im Kreistag. Deshalb dürfen wir unserer Freude besonderen Ausdruck verleihen, dass die Anregungen der SPD-Fraktion zur nachhaltigen Finanzierung von Pro Familia und für berufsspezifische Sprachkurse für Migranten von der Verwaltung positiv aufgegriffen und in 2016 auch im Großen und Ganzen umgesetzt wurden. Wir bitten deshalb die Verwaltung, diese Themen auch in 2017 weiter zu entwickeln und in den Ausschüssen über die Erfolge zu berichten. Das gilt auch für das Budget von 400.000€ für die Lernfabrik 4.0, das für die Berufsschulen vom Haushalt 2016 nach 2017 übertragen wurde. Dass bereits im Haushaltsjahr 2016 50% der Betroffenen für Eingliederungshilfe in ambulanten Wohnformen untergebracht sind, macht uns zuversichtlich, hier auf dem richtigen Weg zu sein auch was die erfolgte Anpassung der Mietpreisgrenzen für den sozialen Wohnraum anbelangt. Wir sehen den weiteren Berichten der Landkreisverwaltung zu diesen Themen im Verwaltungsausschuss entgegen.

Wenn ich an dieser Stelle noch zwei Sachverhalte ansprechen darf:

- Die Versorgung mit Hebammen im Landkreis und
- die Realisierung eines stationären Hospizes im Landkreis.

Es nutzt ja nichts, dass die Vor- und Nachsorge bei Mutter und Kind durch Hebammen im Sozialgesetzbuch gesetzlich verankerte Leistungen sind, wenn zur Umsetzung des Rechtsanspruchs einfach nicht genügend Hebammen im Landkreis da sind. Die SPD-Fraktion hat konkreten Anlass zu befürchten, dass sich die Unterversorgung dann weiter rasant verschlechtert wird, wenn wir im Landkreis nicht umgehend dagegen steuern. Es müssen deshalb einerseits Verbesserungen der Versorgung mit Hebammen in der Fläche geschaffen werden und andererseits auch Anreize gegeben werden, dass Hebammen wieder oder dauerhaft in den beiden Kreisstädten praktizieren können. Ich möchte dieses Thema, so ernst und prekär es auch wirklich hier im Landkreis ist, an dieser Stelle nicht über Gebühr vertiefen- das sollte in den Ausschüssen geschehen. Aber als Zeichen, dass wir es wirklich ernst mit dem Thema meinen, beantrage ich einen Haushaltsansatz von 100.000€ zur Verbesserung der Hebammen- Versorgung in den Haushalt 2017 einzustellen. Konkretes dazu soll in dem Sozialausschuss vereinbart werden.

Was das Thema Hospiz anbelangt, ist unsere Geduld, Herr Landrat schier unendlich. Aber wir haben, zugegeben, auch den Wunsch, da mal einen Knopf dran zu machen. Es gibt im Kreistag nicht nur einen allgemeinen Konsens darüber, dass ein Hospiz hier fehlt sondern auch, dass wir etwas machen müssen. Außerdem liegen bereits konkrete Vorschläge vor, am Beispiel der Elisabeth-Stiftung aus Biberach, wie so etwas auch bei uns aussehen kann. Der vom Kreistag eingesetzte Arbeitskreis Hospiz hat damit seine Arbeit erfolgreich abgeschlossen. Es gilt jetzt, im Sozialausschuss die notwendigen Beschlüsse für die Finanzierung, den Betrieb und den Standort zu fassen. Um etwaige Kooperationen mit benachbarten Landkreisen kann sich das Landratsamt zeitgleich bemühen-sie sind aber nicht unabdingbare Voraussetzungen für die Umsetzung des Hospiz hier bei uns. Damit die zukünftige Arbeit

auch mit den notwendigen Mitteln unterlegt ist, beantragen wir einen Haushaltsansatz von 150.000€ zur Einrichtung eines Hospiz im Landkreis möglichst noch in 2017.

Allgemein kann der vom Landkreis vorgelegten Haushaltsplanung angemerkt werden, dass interessanter Weise schwerpunktmäßig auf die vorliegenden Unwägbarkeiten der Planung hingewiesen wurde, sei es, weil der Haushaltserlass des Landes noch nicht vorlag jetzt aber doch neue Zahlen da sind, oder andere Unwägbarkeiten beispielsweise bei der Finanzierung der Kosten für die Asylbewerber erkennbar sind. Herr Schmidt, Sie sehen es mir nach, dass mich in diesem Zusammenhang Ihr Vortrag zum Thema "Mindestliquidität" nicht sonderlich beeindruckt hat, weil Sie uns nämlich nicht erklärt haben, was passiert, wenn diese Mindestliquidität nicht gewährleistet ist und im übrigen stimmen die Zahlen ja schon nicht mehr. Sie werden bestimmt nicht behaupten wollen, dass der Landkreis bankrottgehen könnte. Allerdings halten wir es in der SPD-Fraktion für schwer wiegend, dass der Landkreis innerhalb von vier Jahren seine Schuldenlast von 40 auf 80 Millionen € verdoppelt hat. Natürlich ist das den großen Zukunftsinvestitionen geschuldet, die der Landkreis beherzt angepackt hat. Aber ohne das derzeitige Zinstief hätten wir uns das sicher nicht leisten können und Sie haben Recht Herr Landrat, an das Zurückzahlen müssen wir in Zukunft ganz besonders denken.

Die SPD Fraktion hat sich in der Vergangenheit, was die Weiterentwicklung der Infrastruktur im Kreis angeht, nicht auf Kosten von Fortschritt und des gegenseitigen Konsenses im Kreistag profilieren wollen. Im Gegenteil, die wichtigsten Maßnahmen haben wir mitgetragen wie beispielsweise die Planung und den Bau des Klinikum Crailsheim, den Straßenbau einschließlich der Konzeption für die A6 oder die Nutzung von Teilen des Kurz-Areals in Schwäbisch Hall für die Verwaltung- auch wenn sich dort der Kostenrahmen zwischen erstem Entwurf und jetzigem Stand mehr als verdoppelt hat. Wir stehen gemeinsam mit allen Fraktionen und dem Landrat für eine Verbesserung der Schieneninfrastruktur egal ob aktuell auf der Hohenlohebahn oder der Murrbahn oder bei den Projekten, die in der Vergangenheit schon abgearbeitet wurden. Allerdings erscheinen uns die Bahnprojekte- warum auch immer- etwas schwerfälliger als die Straßenbauprojekte zu sein, die für sich eigentlich schon schwerfällig genug sind. Umso zäher müssen wir bereit sein, auch um die Bahnprojekte zu ringen. Ihren Berichten, Herr Landrat sehen wir entgegen.

Nach wie vor bitten wir den Kreisverkehr um eine Grobkostenschätzung für den 1-Stunden-Takt und schlagen vor, das Thema in die Beiratssitzungen des Kreisverkehrs zu nehmen- wenn noch nicht geschehen!

Aber zurück zu einer der größten Investitionen in der Geschichte des Landkreises- das Klinikum Crailsheim. Als SPD-Fraktion, die wir diese Maßnahme immer positiv begleitet haben, sind wir sehr zufrieden über die Entwicklung des Bauprojektes. Die jetzt schon ins Auge gefasste Erweiterung der Baumaßnahme mit immerhin einem Volumen von etwa einem Drittel der ursprünglichen kalkulierten rund 60 Millionen, findet ebenfalls unsere Zustimmung. Allerdings lässt der Verwaltungsvortrag schon aufhorchen, wenn über die finanziellen Folgen von Kapazitätserhöhungen berichtet wird. Ich mag diese eigenartig konstruierten und lebensfremden Worte gar nicht wiederholen, die Sie da bei der Krankenhausfinanzierung verwenden, Herr Landrat. Sie haben diese Worte ja auch nicht erfunden. Allein das Ergebnis ist alarmierend und wir sollten uns aus unserer Sicht damit nicht einfach abfinden. Einerseits gilt es doch

im Schulterschluss mit der Politik die Verhältnisse zu verbessern, was bisher nur marginal gelungen ist. Wir dürfen bei dem Druck auf die Politik deshalb nicht nachlassen auch im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl.

Was andererseits unsere eigenen Hausaufgaben angeht, frage ich, ob es jetzt nicht sinnvoll wäre, mit externem Sachverstand sich der Thematik des Klinikums zuzuwenden mit dem Ziel, eine strategische Planung dafür zu erarbeiten. Wir bitten deshalb, seitens der Verwaltung dieses Thema aufzugreifen und dem Kreistag über den Fortgang zu berichten. Im übrigen haben Sie, Herr Landrat ja bereits ausgeführt, dass derzeit mit dem Diak über strategische Wachstumsfelder gesprochen werde im Sinne einer Raumschaftsstrategie. Wir freuen uns, wenn Sie bald über die Ergebnisse informieren.

An dieser Stelle ist aber auch ein ausdrückliches Wort des Dankes angebracht. Um 40% wurden die Leistungen im Klinikum Crailsheim gesteigert. Schon das ist eine Anerkennung wert. Wie sich aber alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Crailsheimer Klinikum vom Arzt bis zur Krankenschwester mit Ihrer Aufgabe persönlich identifizieren, wie sich alle für eine hervorragende Qualität der medizinischen - und Betreuungsleistung einsetzen, das ist vorbildlich und hier ein ehrlich empfundenes Wort des Dankes wert!

Die Kreisverwaltung ist auch untere Katastrophenschutzbehörde, die in besonderer Weise gefordert war, sei es bei dem katastrophalen Fischsterben in der Jagst infolge des Feuers in der Lobenhäuser Mühle in 2015 oder bei den Verwüstungen in verschiedenen Kreisgemeinden schwerpunktmäßig in Braunsbach durch sintflutartige Niederschläge in diesem Jahr. Wir sind uns sicher, dass bei den akuten Ereignissen alle Kräfte der Verwaltung gebunden waren und haben auch Verständnis dafür, dass im akuten Notfall die Information der Kreistagsmitglieder nicht prioritär ist. Wir sind allerdings auch begeistert von dem in diesen Fällen geleisteten ehrenamtlichen Engagement, ohne das die Katastrophen nicht einzudämmen gewesen wären.

Natürlich ist uns auch bekannt, dass der Katastrophenschutz ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist, für das der Kreistag keine Direktiven geben sollte. Dennoch darf sicherlich in respektablen zeitlichen Abstand zu den Ereignissen nachgefragt werden, welche Lehren für die Zukunft von diesen Ereignissen ausgehen sollen und welche Relevanz diese Lehren sowohl im Verwaltungsalltag als auch im Katastrophenfall haben werden. Ich bitte freundlich darum, diese Themen in eine der folgenden Sitzungen des VFA aufzunehmen und zu berichten. Dass diese Frage nicht unmittelbar den geplanten Haushalt tangiert, ist klar. Aber ich darf darauf aufmerksam machen, dass eine gut geplante Prävention in erheblichem Umfang die Haushaltsmittel schonen kann, die im Katastrophenfall aufzuwenden wären. Im Übrigen lernt der Katastrophenschutz immer anhand von Fällen, seien sie simuliert oder als Katastrophen tatsächlich eingetreten. Vielleicht kann sich der Kreis Schwäbisch Hall im Land auch dadurch profilieren, dass die Ereignisse besonders gut aufgearbeitet wurden und zukünftig als Beispielgebend gelten können.

Mit einem Kardinalthema der Aufgaben der Kreisverwaltung habe ich mich bisher nur indirekt auseinandergesetzt, nämlich mit der Betreuung von Asylbewerbern und allen damit tangierten Fragen. Herr Landrat, wir sind hier sehr zufrieden mit dem Tenor Ihrer Haushaltsrede in dem wir auch Anregungen aus der Mitte des Kreistags wieder-

finden. Auch die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass wir hier perspektivisch denken müssen und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen sollten.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz unseres guten Integrationskonzeptes müssen wir feststellen, dass es mit der sprachlichen und kulturellen Integration von schon länger hier lebenden Migranten/innen doch nicht so gut bestellt ist, wie wir uns das wünschen würden. Im Interesse der betroffenen Menschen, im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen und auch im Blick auf den Arbeits- und Fachkräftebedarf sprechen wir uns deshalb für eine große gemeinschaftliche Anstrengung aller an dieser Integration beteiligter Kräfte aus. Wir dürfen deshalb alle gespannt sein, was uns die Verwaltung im Zuge der Überarbeitung des Integrationskonzeptes in diesem Sektor zusätzlich vorstellen wird. Dabei können sicher auch neue Finanzierungsmodelle besprochen werden, sodass die Akquisition von Haushaltsmitteln seitens der Betreuer aus verschiedenen Haushaltsstellen (Töpfen) nicht mehr aufwändig betrieben werden muss, sondern die Mittel aus einem Topf bedient werden können.

Ohne das Ehrenamt hätten wir wohl nirgendwo im Kreis die Herausforderungen der Migration erfolgreich annehmen können. Es gilt deshalb mein ausdrücklicher Dank an alle, die sich hier eingebracht haben und weiter einbringen. Es gilt aber auch von unserer Seite das Ehrenamt aktiv zu unterstützen und soweit möglich, bürokratische Hürden zu senken.

Dass Sie den Bau von Gemeinschaftsunterkünften auch als Beitrag für die Anschlussunterbringung vorsehen, Herr Landrat entlastet die Kommunen bestimmt zu einem gewissen Teil. Wir erinnern an dieser Stelle noch einmal daran, dass die zahlenmäßige Größe der Einheiten für Gemeinschaftsunterkünfte überschaubar bleiben sollte- lieber mehrere kleine als wenige zu große Einheiten ist unser Plädoyer. Wenn der zahlenmäßige Druck der Zuwanderung etwas nachlässt, kann vielleicht auch dieser Ansatz stärker greifen. Konkret bitten wir, in Gemeinschaftsunterkünften grundsätzlich nicht mehr als 100 Bewohner unterzubringen. Wo dies nicht möglich ist, sollte der Personalschlüssel für die hauptamtliche Betreuung auf 1 Stelle auf 100 Bewohner festgelegt werden.

Da unser Antrag zur sprachlichen Förderung von Menschen im Landkreis, die Deutsch nicht als Muttersprache mitbringen, von der Kreisverwaltung bereits aufgegriffen und mit den nötigen Mitteln unterlegt wurde, stellen wir zu diesem Themenkreis heute keine weiteren Anträge. Dabei gehen wir aber davon aus, dass der Landkreis bei der Sprachförderung auch in 2017 in der vereinbarten Richtung den Kurs hält.

Ein Wort noch zur Servicequalität im Landratsamt. Wir sind uns sicher, dass im Landratsamt ein wertschätzender Umgang untereinander und mit den Besuchern gepflegt wird. Doch was jetzt schon gut ist, kann vielleicht noch verbessert werden. Deshalb unsere Frage Herr Landrat, haben Sie bereits Mitarbeiter- und Kundenbefragungen im Landratsamt durchgeführt oder beabsichtigen Sie derartige Befragungen. Ich denke, der Verwaltungsausschuss wäre der richtige Ort, darüber zu berichten!

Wenn ich jetzt auf einige Themen gar nicht eingegangen bin, dann nicht etwa deshalb, weil sie mir nicht wichtig wären. Ich bin mir sicher, das Eine oder Andere wird oder wurde schon im Rahmen der Haushaltsreden von meinen Kollegen aus ande-

ren Fraktionen gesagt- ich denke da beispielsweise an die Kreisumlage und deren Würdigung!

Ein Wort sei hier aber noch zu der Landesregierung und deren Verhältnis zu den kommunalen Gebietskörperschaften gesagt. Es ist ein Ärgernis, dass das Land seinen Haushalt zu Lasten der kommunalen Finanzausgleichsmasse entlasten will in einer Größenordnung, die selbst unseren normaler Weise besonnenen Kreiskämmerer ins laute Grübeln bringt. Leider sind diese Finanzbeziehungen den Kreisbürgern kaum geläufig und deshalb erhebt sich von der Basis her dagegen nicht einmal verhaltener Protest. Aber die Kommunen sitzen hier dumme Weise wieder einmal am Ende der Fahnenstange und müssen sehen, wie sie zurecht kommen!

Mir war es ein Anliegen, einige wenige Schwerpunkte zu setzen und im Übrigen Ihre Geduld nicht zu sehr zu strapazieren. Der Umfang der in Bitten und Anregungen gefassten Anträge der SPD-Fraktion ist sehr übersichtlich. Sofern die Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen des Kreistags von sich aus an unseren Vorschlägen Gefallen finden, sind förmliche Abstimmungen aus unserer Sicht nicht erforderlich.

Sollte trotzdem Abstimmungsbedarf bestehen, stehen wir jeder Erörterung und Erläuterung offen gegenüber!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!